

Auf dem Weg zu wirksamen Antworten auf die Lebensmittel- und Finanzkrise und mehr Beteiligung der Entwicklungsländer

Erklärung von Global Unions an die Jahrestagungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds Washington, 11. bis 13. Oktober 2008

Einführung

1. Da die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) aufgefordert sind, mitzuwirken bei der Bewältigung globaler Fragen wie dem Klimawandel, den andauernden Turbulenzen auf den Finanzmärkten, dem zu sinkenden Lebensstandards und wieder auflebender Inflation führenden Anstieg von Lebensmittel- und Kraftstoffpreisen und dem Stillstand bei den internationalen Handelsverhandlungen ist es von entscheidender Bedeutung, dass sie umfassender auf die Bedürfnisse und Prioritäten aller ihrer Mitgliedsländer, besonders der Entwicklungsländer reagieren. Die Kreditgeber-Kreditnehmer-Beziehung zwischen den internationalen Finanzinstituten (IFI) und ihren Kundenländern ist keine geeignete Struktur, mit der die Herausforderungen angegangen werden können, die zwar Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen betreffen, für die Entwicklungsländer häufig jedoch in stärkerem Maße schädlich sind.

2. Dies gilt sicherlich für die Lebensmittelpreiskrise, deren Härte arme Frauen und Männer in Entwicklungsländern unverhältnismäßig stark trifft. Die IFI haben zwar schnell reagiert und einige der am stärksten von der Krise betroffenen Länder unterstützt, sie sind jedoch nicht so weit gegangen, sicherzustellen, dass die von ihnen entwickelten Strategien nicht dem Recht der Länder entgegenwirken, Maßnahmen durchzuführen, um ihre eigenen Bevölkerungen zu schützen. Von der Lebensmittelknappheit betroffene Länder sollten die Unterstützung der IFI haben, wenn diese eine Politik zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion verfolgen und durch Maßnahmen wie etwa eine verbesserte öffentliche Infrastruktur, Unterstützung für Kleinbauern und Schaffung von Getreidenotvorräten die Preise für private Verbraucher stabilisieren. IWF und Weltbank sollten auch sicherstellen, dass ihre politischen Initiativen in Bereichen wie den internationalen Handelsverhandlungen, den Spekulationen im Warenterminhandel und der Erzeugung von Biokraftstoffen zu Lebensmittelsicherheit und Zugänglichkeit in Entwicklungsländern beitragen.

3. Die IFI müssen nicht nur die politischen Strategien der Entwicklungsländer zur Bekämpfung der Nahrungsmittel- und Finanzkrisen unterstützen, sie müssen den Ländern bei anderen wirtschaftspolitischen Themen auch mehr Autonomie einräumen.

4. Obgleich die IFI in den letzten Jahren Maßnahmen zur Verringerung von wirtschaftspolitischen Auflagen verfolgt haben, belasten übermäßige Auflagen nach wie vor die Kundenländer der IFI.

5. Abgesehen von treuhänderischen Kontrollen sollten die Verpflichtungen auf Anforderungen von international geltenden Normen einschließlich der Kernarbeitsnormen begrenzt sein. Abgesehen von treuhänderischen Kontrollen sollten die Verpflichtungen auf Anforderungen von international geltenden Normen einschließlich der Kernarbeitsnormen begrenzt sein. Die Weltbank muss garantieren, dass ihre Projekte diese Normen, entsprechend den bereits eingegangenen

Verpflichtungen, einhalten und sollte aufhören, die Entwicklungsländer unter Hinweis auf den *Doing-Business*-Bericht (dessen Methodik und Ansprüche sogar die weltbankeigene „Watchdog“-Gruppe relativiert hat) dazu zu drängen, den Arbeits- und Sozialschutz für Beschäftigte abzubauen.

6. Die im Juni 2008 von der internationalen Arbeitskonferenz verabschiedete *Erklärung über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung* rief die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) dazu auf, sich gemeinsam mit anderen Organisationen einschließlich der IFI für die Förderung von menschenwürdiger Arbeit einzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, fordert die internationale Gewerkschaftsbewegung die IFI dazu auf, eine stärkere politische Kohärenz zwischen ihren Programmen und anderen multilateralen Initiativen wie etwa dem Rahmenabkommen der Vereinten Nationen über den Klimawandel und der Agenda für menschenwürdige Arbeit der ILO anzustreben. Wenn die Ziele der hochrangigen UNO-Konferenz über die Millenniumsentwicklungsziele (25. September 2008, New York) und der internationalen Folgekonferenz über die Finanzierung der Entwicklungspolitik zur Umsetzung des Konsenses von Monterrey, (29. November - 2. Dezember 2008, Doha) erreicht und die Entwicklungsaussichten spürbar verbessert werden sollen, müssen die IFI ihre Politik ändern, und eine konstruktivere Rolle als in den letzten Jahrzehnten spielen.

7. Die kürzlich von der Weltbank überarbeitete Schätzung der Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen (die vorgenommen wurde, bevor der Anstieg der Lebensmittelpreise noch mehr Menschen in die Armut getrieben hat), die davon ausgeht, dass jeder vierte Einwohner eines Entwicklungslandes in extremer Armut lebt (bei früheren Berechnungen war es jeder sechste) zeigt, wie dringend die IFI ihren politischen Fokus ändern müssen. Global Unions ruft die Weltbank insbesondere dazu auf, die Jahrestagungen 2008 dazu zu nutzen, einem Governance-Reformprozess zuzustimmen, der mindestens zu einer Parität der Stimmen von Entwicklungs- und Industrieländern führen soll. Als Entwicklungsinstitut hat die Weltbank eine einmalige Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass den Positionen von Entwicklungsländern in wichtigen globalen Debatten mehr Gewicht gegeben wird.

Ein umfassender Politikwechsel als Reaktion auf Lebensmittelpreiskrise ist notwendig

8. In zahlreichen Foren haben die Mitgliedsorganisationen der Global-Unions-Gruppierung in den letzten Monaten zum Handeln aufgerufen, um den Auswirkungen der gestiegenen Lebensmittel- und Brennstoffpreise entgegenzuwirken. Viele Millionen unserer Mitglieder sind einkommensschwache Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Entwicklungsländern. Sie trifft der Preisanstieg, der vor allem bei den Lebensmitteln einen großen Verteilungseffekt hat, besonders hart. Die neue Aufmerksamkeit von IWF und Weltbank für die Krise der Lebensmittel- und Brennstoffpreise und für die Situation in der Landwirtschaft in Entwicklungsländern ist zu begrüßen. Dennoch stellen wir fest, dass der IWF zwar im Juni noch erklärt hat, dass die Lage der Zahlungsbilanz von 72 Entwicklungsländern durch die Auswirkungen des Anstiegs von Lebensmittel- und Brennstoffpreisen drastisch geschwächt wurde, bis September jedoch nur fünfzehn Ländern von der Weltbank Nothilfe für den Haushalt oder ihre Zahlungsbilanz bewilligt wurde. Nur zwölf Länder erhielten diese Unterstützung vom IWF. Der Umfang dieser Hilfe war relativ bescheiden: Sie betrug durchschnittlich \$9 Mio. pro Land von der Bank und \$19 Mio. pro Land an vergünstigten Krediterhöhungen vom IWF, allerdings verteilt auf einen Zeitraum von bis zu drei Jahren.

9. Global Unions sind besorgt, dass die politischen Vorschläge der IFI über eine Erhöhung der Lebensmittelproduktion und Senkung der Preise die Hauptursachen der derzeitigen Krise nicht richtig beseitigen, und dass bei den Vorschlägen für eine Abschwächung der Auswirkungen der Krise auf die Bevölkerung viele der Bedürftigen – von denen ein unverhältnismäßig großer Anteil Frauen sind – keine Unterstützung bekommen könnten. Die meisten Analytiker sind sich einig, dass die Lebensmittelpreiskrise nicht dadurch gelöst werden kann, dass man die Politik der letzten Jahre fortsetzt. Vielmehr werden dieselben Probleme das unvermeidliche Ergebnis sein, wenn die Institutionen ihre falsche Politik, die sie bis vor kurzem noch vertreten haben, nicht korrigieren. Ein Beispiel ist die Verschiebung innerhalb der Landwirtschaft hin zur Erzeugung von Biokraftstoffen, die laut Weltbankberichten für bis zu drei Viertel des Lebensmittelpreisanstiegs der letzten sechs Jahre verantwortlich ist. Bereits im Jahre 2006 hielt der Präsident der Weltbank Reden über die Notwendigkeit „der Förderung von Biokraftstoffen im größeren Maßstab“, und die Bank veröffentlichte Berichte über die Einführung von Biokraftstoff-Programmen in Entwicklungsländern mithilfe von Subventionen und Steuerentlastungen. In keinem der Fälle wurde die Auswirkung auf die Lebensmittelpreise erwähnt.

10. Die Übereinkunft „*New Deal for Global Food Policy*“ der Weltbank: *Ein Zehn-Punkte-Plan* ruft in den USA und Europa, wo die Weltbank keine Kreditprogramme hat, zum Handeln auf, damit dort die staatliche Unterstützung für Biokraftstoffe erleichtert wird, über die Haltung der Bank zur Unterstützung für Biokraftstoffe in ihren Kundenländern, wo sie einen starken Einfluss auf politische Entscheidungen haben kann, sagt der Plan hingegen nichts. **Die Weltbank sollte ihren derzeitigen Standpunkt zur Unterstützung für die Erzeugung von Biokraftstoffen in Entwicklungsländern klarstellen, sowie auch zu den Maßnahmen, die sie trifft, um zu garantieren, dass jedwelche Unterstützung nicht noch mehr zur Lebensmittelkrise beiträgt.**

11. In jüngster Vergangenheit haben IWF und Weltbank viele Entwicklungsländer insbesondere in Afrika dazu verpflichtet, staatliche Unterstützung für die Landwirtschaft zurück zu fahren, mit Darlehensbedingungen, die die Abwicklung von staatseigenen Unternehmen für die Bereitstellung von Betriebsmitteln und Vermarktung sowie eine Senkung von Subventionen für Saatgut und Düngemittel und die Vernichtung von Getreidenotvorräten zur Auflage machten. Der *New Deal for Global Food Policy* der Weltbank schlägt einen grundlegenden und dringend erforderlichen Investitionszuwachs bei der ländlichen Infrastruktur in Entwicklungsländern vor, gemeinsam mit „angemessenen Subventionen, die auf Arme und Kleinbauern abzielen, die ansonsten keine landwirtschaftlichen Betriebsmittel einsetzen könnten“. Die Weltbank betont jedoch, dass eine solche Unterstützung nur für „einen begrenzten Zeitraum“ eingeführt werden muss, was darauf hindeuten scheint, dass die Bank von einer längerfristigen Unterstützung abrät. Viele Entwicklungsländer denken über eine erneutes Anlegen von Getreidenotvorräten nach, um ihre Bürger gegen Lebensmittelknappheit und Preisanstieg zu schützen; die Bank sollte deutlich machen, ob sie eine Abkehr von ihrer früheren Politik möchte und solche Initiativen unterstützen würde.

12. Ein weiterer Punkt der Bank, mit dem die Lebensmittelkrise entschärft werden soll, ist die Schlussfolgerung der Doha-Runde bei den Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO), die mit einem drastischen Abbau von Subventionen und Zöllen verbunden sind. In ihrem *Weltentwicklungsbericht 2008 „Agriculture for Development“* (World Development Report, WDR 2008), sagt die Weltbank, dass durch eine „volle Handelsliberalisierung die internationalen Rohstoffpreise schätzungsweise um durchschnittlich 5,5 Prozent bei Agrarrohstoffen steigen würden“. Die Bank sollte die Funktion eines Vorschlags erläutern, bei dem davon ausgegangen wird, dass die Lebensmittelpreise ansteigen, innerhalb eines Programms, das darauf abzielt, dem Lebensmit-

telpreisanstieg entgegenzuwirken und Maßnahmen hervorzubringen, die die unvermeidlichen negativen Auswirkungen abschwächen. **Insbesondere sollte die Weltbank ihre Opposition gegenüber den Forderungen der Entwicklungsländer bei den WTO-Verhandlungen beenden, um die Lebensmittelsicherheit zu schützen und die Entwicklungsziele für den ländlichen Raum wie etwa den „speziellen Schutzmechanismus“ zu erreichen und stattdessen solche Vorschläge zu unterstützen.**

Unterstützungsprogramme, für alle, die Hilfe brauchen

13. In ihren Analysen der Ursachen der derzeitigen Krise bei Lebensmittel- und Kraftstoffpreisen haben die IFI die Auswirkungen von spekulativen Investitionen in Verbrauchsgüter als möglicher verursachender Faktor heruntergespielt. Viele Analytiker sind vielmehr der Ansicht, dass spekulative Investitionen in Terminmärkten zu den Preisschwankungen beigetragen haben, weil in den letzten zehn Jahren in den USA und anderen Ländern ordnungspolitische Mechanismen zur Beaufsichtigung dieser Märkte weggefallen sind. Umfangreiche Belege für die Rolle spekulativer Investitionen beim rasanten Anstieg von Warenpreisen wurden während der Anhörungen des US-Senats im Juni 2008 gesammelt. Der IWF sollte bei der Förderung eines geeigneten ordnungspolitischen Rahmens für Kapitalmärkte die Führung übernehmen, um durch Spekulationen verursachte Preisanstiege einzudämmen, sowie für Finanzmärkte, wo ein Mangel an angemessener Regulierung zur so genannten Subprime-Krise in den USA beigetragen hat.

14. Global Unions ist auch besorgt, dass die politischen Ratschläge der IFI zum Schutz von einkommensschwachen Verbrauchern in Entwicklungsländern vor den Auswirkungen von hohen Lebensmittel- und Brennstoffpreisen letztendlich dazu führen können, dass einige sehr bedürftige Bevölkerungsgruppen ganz von Unterstützung ausgeschlossen sind. Sowohl der IWF als auch die Weltbank haben vom Einsatz von Subventionen für Grundnahrungsmittel wie Mais, Reis, Weizenmehl oder Speiseöl abgeraten, weil sie nicht ausreichend zielgerichtet seien, und stattdessen vorübergehende Bargeldtransfers an arme Menschen gefordert. Das praktische Problem hierbei ist, dass dies ein Verwaltungssystem erfordert, das die Kapazitäten der Regierung übersteigt und normalerweise in ärmeren Ländern mehr Schwierigkeiten verursachen kann. Viele bedürftige Personen erhalten dann aufgrund von Defiziten in der Verwaltung wahrscheinlich gar keine Leistungen. Andere, die einen wesentlichen Teil ihrer Kaufkraft verloren haben, wären ausgeschlossen, wenn ihr Einkommensniveau über der niedrigen Anspruchsgrenze liegt, die üblicherweise für solche Bargeldtransfers festgelegt werden.

15. Als die Weltbank in den letzten Monaten Gruppen der Zivilgesellschaft konsultierte, um gemeinsam über politische Optionen zur Abmilderung der Lebensmittelpreiskrise zu diskutieren, hat sie sich bedauerlicherweise dagegen entschieden, Gewerkschaften einzuladen, und dies obwohl Global Unions Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in der Lebensmittelherstellung tätig sind, sowie zahlreiche einkommensschwächere Beschäftigte in Entwicklungsländern vertritt, die die Krise besonders hart trifft. Der IWF hingegen hat Gewerkschaften zu Gesprächen über das gleiche Thema eingeladen, und der IGB hatte eine Gelegenheit, gegenüber IWF-Beamten seine Besorgnis zum Ausdruck zu bringen. Außerdem hat es die Weltbank versäumt, Gewerkschaften zur Teilnahme an den vorbereitenden Konsultationen für ihren Weltentwicklungsbericht (WDR) 2008 einzuladen, obwohl viele Gewerkschaften von Beschäftigten in der Landwirtschaft in Entwicklungsländern der *Internationalen der Gewerkschaften im Ernährungssektor (IUF)* angehören, einem der Mitgliedsverbände von Global Unions. Der Weltentwicklungsbericht stellt zwar fest, dass Landlose einen wachsenden Anteil an den ländlichen Be-

schäftigten darstellen, und dass ihre Löhne in vielen Ländern zurückgehen, doch spricht er sich aus unerfindlichen Gründen gegen Mindestlöhne aus und ignoriert die Notwendigkeit, ein Recht dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu fördern, das Beschäftigten in der Landwirtschaft häufig verwehrt bleibt: das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Solche Mängel im WDR 2008 hätten vermieden werden können, wenn die Bank die Organisationen konsultiert hätte, die diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten.

16. Ein letzter wichtiger Bereich im Zusammenhang mit der Auswirkung der Lebensmittel- und Brennstoffpreis-Krise ist die Art und Weise, wie mit Regierungspolitik auf Preisschwankungen reagiert wird, vor allem, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer versuchen, Lohnerhöhungen zu erhalten, um den Rückgang ihrer Kaufkraft auszugleichen. Der IWF hat den Regierungen dazu geraten, die „primären Auswirkungen“ der höheren Lebensmittel- und Brennstoffpreise auf die Inflation auszubalancieren, warnt aber vor den „sekundären Auswirkungen“, die zu einer Lohn-Preis-Spirale führen könnten. Gewerkschaften unterstützen offensichtlich die Bemühungen um eine Begrenzung der Preiserhöhungen, sind aber nicht damit einverstanden, wenn Lohnempfänger ein Sinken ihres Realeinkommens infolge der restriktiven makroökonomischen bzw. Lohnpolitik hinnehmen müssen. Zu einem Zeitpunkt, wo die Weltwirtschaft bereits sehr geschwächt ist, kann restriktive Wirtschaftspolitik zum Rezessionsdruck beitragen und zu einer Senkung des Lebensstandards für viele Menschen führen.

17. Die IFI sollte die Regierungen bei deren Bemühungen unterstützen, die Kaufkraft von Lohnempfängern und anderen Personen mit festem Einkommen aufrechtzuerhalten, deren Realeinkommen sich infolge der Krise bei den Lebensmittel- und Brennstoffpreisen verschlechtert haben. Daneben sollten sie auch finanzielle Unterstützung für Notmaßnahmen gewähren, mit der einkommensschwachen Personen geholfen werden kann, die unter den hohen Kosten für Grundnahrungsmittel leiden, mit einem Augenmerk darauf, dass diese Unterstützung auch die Millionen von Frauen erreicht, die in Not und Armut leben. Jedoch sollten sie die Länder nicht weiter unter Druck setzen, Programme zu beenden, die „nicht genug zielorientiert“ sind, wenn diese Programme als einzige alle Menschen erreichen, die Hilfe benötigen. Die IFI sollten die Regierungen zu einer erneuten Unterstützung für die Erzeugung von Lebensmitteln in Entwicklungsländern für den Inlandsverbrauch zu erschwinglichen Preisen anregen, wobei dazu allerdings auch eine verbesserte öffentliche Infrastruktur, die Bereitstellung von Betriebsmitteln für Kleinbauern und die Schaffung von Getreidenotvorräten zählen müssen. Schließlich sollten die IFI auch sicherstellen, dass ihre politischen Initiativen in Bereichen wie zum Beispiel den Spekulationen im Warenerterminhandel und der Erzeugung von Biokraftstoffen und den internationalen Handelsverhandlungen mit der Sicherheit und Zugänglichkeit von Lebensmitteln zu einem erschwinglichen Preis für alle Menschen in Einklang stehen.

Die Reaktion der Weltbank auf den Klimawandel muss den Vorrang der UNO-Konvention bestätigen

18. Global Unions begrüßt den verstärkten Fokus, den die Weltbank dem Thema Klimawandel schenkt, und ist ebenfalls der Auffassung, dass die Frage ernsthafte Aufmerksamkeit verdient. Global Unions ist jedoch besorgt, dass die neuen Klima-Investitionsfonds der Weltbank (Climate Investments Funds, CIF) kein geeigneter Mechanismus für den Einsatz der Weltbank gegen den Klimawandel sein könnten. Im Gegensatz zum Rahmenabkommen der Vereinten Nationen über den Klimawandel (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC), das

unter Mitwirkung von Organisationen der Zivilgesellschaft und Entwicklungsländern entwickelt wurde, trugen die CIF vor allem die Handschrift der Geberländer und weisen einen gewissen Mangel an Transparenz- und Rechenschaftspflicht auf. Global Unions teilen die Bedenken vieler Gruppen der Zivilgesellschaft und Regierungen von Entwicklungsländern, dass die CIF die multilateralen UNFCCC-Verhandlungen untergraben und de facto durch die Einführung eines Parallelmechanismus Gelder umlenken könnten.

19. Angesichts der globalen Reichweite der Herausforderung Klimawandel ist eine politische Kohärenz zwischen der Weltbank und dem UNFCCC-Prozess von entscheidender Bedeutung. Global Unions ist darüber erfreut, dass in dem Entwurf der Weltbank für einen „*Strategic Framework on Climate Change* (SFCC)“ von der Verpflichtung zur Unterstützung der „Grundsätze, Maßnahmen und der Richtung des UNFCCC-Prozesses“ die Rede ist, und dass sie den UNFCCC als „die primäre internationale Institution anerkennt, die den weltweiten Klimawandel bekämpft“. **Global Unions fordert die Weltbank auf, ihre Unterstützung für die UNFCCC-Grundsätze als verbindliche, international getragene Verpflichtungen zu bestätigen**

20. Auch innerhalb der Weltbank selbst ist eine größere Kohärenz notwendig. Der Kampf gegen den Klimawandel darf sich nicht auf die CIF beschränken und darf nicht von den regelmäßigen politischen und projektbezogenen Maßnahmen der Weltbank isoliert sein. Da die weltbank-eigene Unabhängige Evaluierungsgruppe (Independent Evaluation Group, IEG) unzulängliche Überwachung und Bewertungen der Umweltauswirkungen von Weltbankoperationen anerkannt hat, ruft Global Unions die Weltbank dazu auf, den Umweltauswirkungen ihrer Projekte, insbesondere der zahlreichen Projekte mit fossilen Brennstoffen, mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Global Unions unterstützt die jüngste Empfehlung der IEG, Umweltthemen in die regionalen und Länder-Unterstützungsstrategien vollständig mit zu integrieren. Diese Diskussion sollte nicht nur auf die Umweltauswirkungen des Klimawandels beschränkt sein, sondern auch die sozialen Auswirkungen berücksichtigen.

21. Global Unions stimmt der Bestätigung des neuen SFCC der Weltbank zu, dass das Handeln der Weltbank zum Klimawandel die Bedürfnisse verletzbarer sozialer und Gender-Gruppen berücksichtigen muss. Außerdem sollte die Weltbank die Auswirkungen von Abmilderungs- und Anpassungsstrategien im Zusammenhang mit dem Klimawandel auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Rohstoffindustrie und in umweltschädigenden Branchen, die möglicherweise Opfer von Arbeitsplatzabbau werden, sowie die Notwendigkeit der Schaffung von mehr „grünen Arbeitsplätzen“ für Männer und Frauen berücksichtigen. **Die Schaffung von „grünen Arbeitsplätzen“, die Umweltqualität erhalten, schützen oder wiederherstellen und dabei menschenwürdige Arbeit schaffen und potenziell für die Beschäftigung von vielen Millionen Menschen sorgen können, sollte eine Priorität der Führungsspitze der Weltbank sein, wenn sie bei den diesjährigen Jahrestagungen die Auswirkungen des Strategic Framework on Climate Change diskutieren.**

Entscheidend: die Governance-Reform der Weltbank

22. Wenn die Weltbank ihre Aufmerksamkeit auf globale Fragen wie Klimawandel und Lebensmittelknappheit richtet, ist es wichtig, dass jede Maßnahme, die sie bei diesen und anderen Themen verfolgt, unter vollständiger Beteiligung und mit der vollen Unterstützung sowohl von Entwicklungs- als auch von Industrieländern erfolgen. Leider werden die Stimme von Entwicklungsländern und ihr Stimmrecht bei der Weltbank derzeit von einer Governancestruktur einge-

schränkt, die zugunsten wohlhabender Geberländer verzerrt ist. **Global Unions unterstützt eine angemessenere und demokratischere Governance-Struktur der Weltbank in vollem Umfang und fordert deren tief greifende und systematische Reform. Im Ergebnis sollte eine Governance-Reform mindestens zur Parität der Stimmen von Entwicklungs- bzw. Schwellenländern und Industrieländern führen.** Die Verwässerung des Stimmrechts von Entwicklungsländern darf nicht hingenommen werden.

23. Auch wenn solche Änderungen über einen gewissen Zeitraum hinweg erfolgen können, sollten so bald wie möglich die Reihenfolge der Reformen und der Zeithorizont für deren Umsetzung vereinbart werden. Global Unions rät der Weltbank davon ab, eine unvollständigen Reformweg einzuschlagen, wie es beispielsweise der IWF getan hat, und empfiehlt stattdessen, dass die Weltbank ihre eigenen Reformkriterien entwickelt, die auf der Tatsache basieren, dass die Weltbank in erster Linie eine Entwicklungsinstitution ist. Angesichts des Bedarfs an einigen raschen Verbesserungen **unterstützt Global Unions jedoch den Vorschlag für eine sofortige Schaffung der Stelle eines zusätzlichen afrikanischen Exekutivdirektors in der Führungsspitze der Weltbank.** Es ist untragbar, dass nur zwei Exekutivdirektoren derzeit die Vertretung für die gesamte Region Afrikas südlich der Sahara ausüben, angesichts des Umfangs und der Auswirkung der Arbeit der Weltbank dort. Ein dritter afrikanischer Exekutivdirektor, der zu den jetzigen Entwicklungs- und Schwellenland-Exekutivdirektoren hinzukommen würde, wäre parallel zur langfristigen Governance-Reform eine unmittelbare Verbesserung.

Notwendige konkrete Schritte zur Verringerung von wirtschaftspolitischen Auflagen

24. Obwohl sowohl der IWF als auch die Weltbank Maßnahmen verfolgen, um die an ihre Kredite geknüpften strukturellen oder wirtschaftspolitischen Auflagen zu verringern oder zu rationalisieren, waren die Fortschritte bei beiden Institutionen bislang extrem langsam. Im Januar 2008 hat das unabhängige Evaluierungsbüro (IEO) des IWF festgestellt, dass es keine Anhaltspunkte für eine Verminderung der Auflagen im Zuge der Einführung der Rationalisierungsinitiative im Jahr 2000 gegeben hat. Ein neuerer IWF-Bericht stellt fest, dass die durchschnittliche Anzahl der Auflagen pro PRGF-Darlehen (Poverty Reduction and Growth Facility – PRGF, Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität) sogar von 13,5 in den Jahren 2002-2004 auf 15 den Jahren 2005-2007 gestiegen ist. Die Zahl der „strukturellen Richtgrößen“, deren Abschaffung das IEO empfohlen hat, ist insgesamt sowohl bei den PRGF als auch bei den nicht-vergünstigten Darlehen von 8 auf 10 je Darlehen im selben Dreijahreszeitraum angestiegen.

25. Einen ähnlichen Mangel an Fortschritt gab es bei der Weltbank, trotz der Verabschiedung ihrer „Prinzipien für gute Praktiken“ bezüglich ihrer Auflagenpolitik. Die Gewerkschaften sind besonders besorgt angesichts der arbeitsmarktpolitischen Auflagen, die von den kreditnehmenden Ländern eine Lockerung des Arbeitnehmerschutzes verlangen. Dazu zählen auch die Arbeitsmarktflexibilitätsindikatoren bei der Bewertung der Politik und der Institutionen einzelner Länder (Country Policy and Institutional Assessment - CPIA) von *Doing Business*, die dazu herangezogen werden, um über den Gesamtzugang der einzelnen Länder zu Weltbankmitteln über die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) zu entscheiden.

26. **Nach Ansicht von Global Unions sollten sowohl die Weltbank als auch der IWF ihre wirtschaftspolitischen Auflagen beenden und die Verpflichtungen auf treuhänderische Kontrollen und auf diejenigen Auflagen beschränken, die sich auf die Achtung international vereinbarter Normen, einschließlich der Kernarbeitsnormen, beziehen. Die Weltbank**

sollte die CPIA nicht dazu nutzen, um Länder zu belohnen, die Schutzmaßnahmen für verwundbare Beschäftigte unter dem Vorwand abschaffen, dass dies der „Verbesserung des Investitionsklimas“ diene. Und schließlich sollte die Schuldenstreichungsinitiative der IFI über die 30 Länder, die bisher davon profitiert haben, hinaus ausgeweitet werden, jedoch ohne die bisher mit dem Programm verknüpften wirtschaftspolitischen Auflagen.

Die IFI müssen aufhören, die in Misskredit geratenen Arbeitsmarktindikatoren von Doing Business zu verwenden

27. Seitdem im Oktober 2003 die erste Ausgabe von *Doing Business* erschienen ist, fordern die Gewerkschaften, dass die Weltbank damit aufhören soll, den Bericht als Druckmittel auf Länder zu verwenden, damit diese ihre Bestimmungen zum Schutz von Arbeitnehmern wie zum Beispiel Mindestlöhne, Kündigungsfristen oder soziale Sicherungssysteme aufheben - indem sie Länder belohnen, die den niedrigsten Stand an sozialen Schutz von Beschäftigten im gesamten Zuständigkeitsbereich haben. Anstatt das Thema Arbeitsmarktregulierung, wie vom IGB empfohlen, aus dem Zuständigkeitsbereich von *Doing Business* herauszunehmen, hat die Weltbank *Doing Business* zu ihrer meistgelesenen Veröffentlichung erhoben und ihre Arbeitsmarktindikatoren in die CPIA, in die Arbeitsmarkt-Strategie der Weltbank sowie in Dutzende von länderbezogenen politischen Berichte und Empfehlungen auf Länderebene einbezogen. In ähnlicher Weise verwendet der IWF die Arbeitsmarktindikatoren von *Doing Business* in zahlreichen länderbezogenen politischen Berichten.

28. Seit langem weisen die Gewerkschaften darauf hin, dass *Doing Business* wegen seiner einseitigen Methodik nicht nur notorische Verletzer von Arbeitnehmerrechten belohnt, sondern dass seine Arbeitsmarktindikatoren in keiner Beziehung zu positiven Ergebnissen wie zum Beispiel Beschäftigung, Wirtschaftswachstum und Investition stehen. Ein neuer Bericht der Unabhängigen Evaluierungsgruppe der Weltbank (IEG) der im Juni veröffentlicht wurde, kam zu der gleichen Schlussfolgerung. Der IEG-Bericht bestätigt die Einseitigkeit von *Doing Business*, weil dieser die „Kosten, aber nicht den Nutzen von Regulierung oder andere Aspekte von Arbeitsmarktflexibilität misst“, und die Tatsache, dass „kein nennenswerter Zusammenhang zwischen... [dem DB-Indikator zur] Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der Arbeit deutlich wurde“. Die IEG macht *DB* auch dafür verantwortlich, dass „die erklärende Kraft der Indikatoren überschätzt wird“.

29. Obwohl die weltbankeigene „Watchdog“-Gruppe, die IEG, die *Doing-Business*-Methode hinsichtlich Arbeits- und Sozialschutz diskreditiert hat, verwenden zahlreiche Weltbankberichte auf Länderebene nach wie vor die fehlerhaften Arbeitsmarktindikatoren des Berichts, um eine Arbeitsmarktderegulierung oder eine Senkung des Beitrags für soziale Sicherungssysteme zu empfehlen. Zu den Länderhilfsstrategien (*Country Assistance Strategies – CAS*) oder Länderpartnerschaftsstrategien (*Country Partnership Strategies – CPS*) seit Ende 2007, die *Doing Business* zu diesem Zweck verwenden, gehören die für die Türkei, Mali, Südafrika, Serbien, die Ukraine und Panama. Andererseits lobt die CAS der Weltbank bei Belarus die Tatsache, dass im „Doing Business-Bericht von 2008... Belarus in Bezug auf... die Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern relativ gut abschneidet.“ Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) verurteilte die Einschnitte bei den Rechten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Belarus als eine Verletzung der Kernarbeitsnormen, die im Jahre 2007 zur Entziehung von Handelspräferenzen der Europäischen Union nach dem Allgemeinen Präferenzsystem (APS) geführt hat. Da Belarus nicht akzeptable Arbeitsnormen unterstützt, die zu einem eingeschränkten Zu-

gang für belarussische Ausfuhren in den größten Markt der Welt geführt haben, drängt sich die Frage auf, wie nützlich *Doing Business* und die Weltbank für diejenigen, die in diesem Land investieren möchten, tatsächlich sind.

30. Ein weiteres Beispiel dafür, wie *Doing Business* im Hinblick auf die Interessen der Länder höchst fragliche Positionen einnimmt, ist der Fall Brasilien, wo *Doing Business* eine Senkung des Mindestlohnes unterstützt, weil dieser den vom Bericht für akzeptabel erachteten Schwellenwert (25 Prozent der durchschnittlichen Wertschöpfung pro Beschäftigtem) überschreitet. Dennoch spricht die CPS der Weltbank von 2008 von dem „gesteigerten Mindestlohn in Brasilien“ als einer der Ursachen für einen erheblichen Rückgang der Armut und für die Tatsache, dass das Einkommensgefälle in Brasilien, das zu den höchsten der Welt gehörte, „allmählich abnimmt“. Zur gleichen Zeit, wie die CPS der Weltbank anerkennen, dass Brasilien mit seinen Schritten zur Bekämpfung der Armut Erfolg gehabt hat, die die Weltbank früher als ihr „überspannendes Ziel“ beschrieb, fördert die meistgelesene Veröffentlichung der Institution Maßnahmen, die die Armut im Land noch verstärken würden.

31. Auch neuere länderbezogene IWF-Berichte wie etwa Berichte zu Artikel-IV-Konsultationen und Kreditüberprüfungsberichte verweisen weiterhin auf die diskreditierten Arbeitsmarktindikatoren von *Doing Business* als Rechtfertigung für Empfehlungen zur Deregulierung des Arbeitsmarktes oder für Auflagen für Kredite. Der IGB fand sechs solcher Beispiele bei den IWF-Länderberichten, die über einen Zeitraum von vier Monaten Mitte 2008 herausgegeben wurden: Mauritius, Kap Verde, Niger, Mauretanien, Griechenland und Litauen. Im Falle Niger nennt der IWF das „relativ hohe“ (sprich: schlechte) *Doing Business*-Ranking bei der „Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern“, und seine Road Map für strukturelle Auflagen im Rahmen des PRGF-unterstützten Programms enthält die Forderung, dass Niger „mit Unterstützung der Weltbank einen Aktionsplan implementiert, um ... [durch] mehr Arbeitsmarktflexibilität die Kosten der Wirtschaft zu senken“.

32. **Jetzt, wo die weltbankeigene Bewertungsgruppe feststellt hat, dass der angebliche Kausalitätszusammenhang zwischen den arbeitsbezogenen Indikatoren von *Doing Business* und der Schaffung von Arbeitsplätzen unbegründet sind**, etwas, worauf der IGB und die IAO bereits vor Jahren hingewiesen haben, sollten die beiden IFI damit aufhören, diese Indikatoren zu verwenden, um Arbeitsmarkt-Deregulierungsmaßnahmen für Mitgliedsländer zu planen oder zu rechtfertigen. Die Indikatoren „Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern“ und „Steuern zahlen“ die dazu verwendet werden, um auf Länder Druck auszuüben, damit diese den Beschäftigten- und Sozialschutz abbauen, sollten aus dem Zuständigkeitsbereich von *Doing Business* herausgenommen werden. Sie sollten auch aus dem CPIA-Index der Weltbank für die Bestimmung des Zugangs für Länder zu Sonderunterstützung und ihren Arbeitsmarktstrategien herausgenommen werden. **Stattdessen sollte die Weltbank die IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit unterstützen.** Der IGB hat die Weltbank außerdem dazu aufgefordert, eine Untersuchung einzuleiten, um zu bestimmen, wie es dazu kam, dass solche offensichtlich fehlerhaften Indikatoren als entscheidende politische Instrumente in der Weltbank verwendet werden, und dies trotz der wiederholten Warnungen, die die Bank in den letzten fünf Jahren bekam wegen der einseitigen Methodik und des Mangels an empirischem Belegen, die die Behauptungen von *Doing Business* hätten unterstützen können.

Weltbank und IFC müssen die Umsetzung der CLS-Verpflichtungen gewährleisten

33. Global Union unterstützte die Maßnahmen, dass die Weltbank in den letzten zwei Jahren ergriffen hat, um zu garantieren, dass die Kernarbeitsnormen¹ bei ihren Operationen angemessen anerkannt und geschützt werden. Mit der Aufnahme der Arbeitsnormen in die Auflagen der IFC über soziale und ökologische Nachhaltigkeit im Jahr 2006 und der anschließenden Aufnahme der Kernarbeitsnormen in die Standardausschreibungsdokumente der Weltbank für das Beschaffungswesen (SDBW) im Jahre 2007 ist die Weltbankgruppe wichtige Verpflichtungen zum Schutz der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eingegangen und hat andere multilaterale Entwicklungsbanken ermutigt, ihrem Beispiel zu folgen. Global Unions befürchtet jedoch, dass diese neuen Versprechen bald hohl klingen werden, wenn Weltbank und IFC die Überwachung und Umsetzung der Einhaltung der Kernarbeitsnormen bei ihren Projekten nicht verstärken.

34. Die Auflagen der Kernarbeitsnormen in den SDBW sind außerhalb der Beschaffungsabteilung der Weltbank nur wenig bekannt, und es hat auf Länderebene keine Hilfs- oder Schulungsprogramme gegeben, die sichergestellt hätten, dass diese Anforderungen bei aktiven Projekten auch verstanden und umgesetzt werden. Global Unions begrüßt einerseits den regelmäßigen Dialog über Kernarbeitsnormen auf der Ebene des Hauptbüros mit der Beschaffungsabteilung der Weltbank, doch muss die Weltbank noch mehr tun, um dafür Sorge zu tragen, dass ihre Mitarbeiter vor Ort in ähnlicher Weise auf die Maßnahmen aufmerksam gemacht werden, die ergriffen werden müssen, um die Kernarbeitsnormen auf Projektebene einzuhalten. **Global Unions empfiehlt, dass die Weltbank Schulungen zum Thema Kernarbeitsnormen anbietet und einen Mechanismus zur Überwachung und Verfolgung von Verstößen gegen diese Normen einführt. Dies sollte in Zusammenarbeit mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung erfolgen. Global Unions wiederholt die Aufforderung an die Weltbank, erste Anstrengungen zu unternehmen, um bei weltbankgeförderten Infrastrukturprojekten die Kernarbeitsnormen zu überwachen und in Kraft zu setzen.**

35. Obwohl die IFC im Lauf der Zeit eine führende Rolle übernommen hat hinsichtlich der Einhaltung der Kernarbeitsnormen im Rahmen ihrer Projekte und auch eine wichtige Rolle spielt bei der Ermutigung anderer IFI, ähnliche Normen anzunehmen, doch lässt die IFC etwas nach in ihren Bemühungen um die Gewährleistung, dass sich Kundenunternehmen an die Beschäftigungsanforderungen ihrer Auflagen halten. Die IFC hat auf Beschwerden von Gewerkschaften über mögliche Verstöße gegen Kernarbeitsnormen bei IFC-Projekten in letzter Zeit nur langsam reagiert. Global Unions ist außerdem besorgt, dass die IFC bezüglich der Beachtung von arbeitsrechtlichen Vorschriften bei potenziellen Kunden möglicherweise unzureichend sorgfältig vorgeht. Dies gilt insbesondere für den Finanzsektor, wo die IFC Kredit nehmende Unternehmen von der Verpflichtung zu ihren spezifischen arbeitsrechtlichen Anforderungen ihrer Auflagen entbunden hat. Dadurch wurde es Finanzinstituten ermöglicht, trotz der Verpflichtung des IFC

¹ Die Kernarbeitsnormen sind international vereinbarte grundlegende Menschenrechte für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ungeachtet des Entwicklungsstandes ihrer Länder, die in nachstehenden IAO-Übereinkommen definiert werden. Diese Übereinkommen beziehen sich auf die Vereinigungsfreiheit und das Recht zu Kollektivverhandlungen (IAO-Übereinkommen 87 und 98); die Beseitigung von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (IAO-Übereinkommen 100 und 111); die Beseitigung sämtlicher Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit (IAO-Übereinkommen 29 und 105) und die wirksame Abschaffung von Kinderarbeit einschließlich ihrer schlimmsten Formen (IAO-Übereinkommen 138 und 182).

zur Beachtung der Kernarbeitsnormen, die grundlegenden Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verletzen.

36. Darüber hinaus muss die IFC ihren Überprüfungsprozess verbessern wenn sie potenzielle Kunden in Ländern bzw. in Unternehmen überprüft, in denen es bereits Verstöße gegen die Rechte von Beschäftigten gegeben hat. Beispielsweise erwähnt die Kurzfassung des Sozialberichts über ein vor kurzem der kolumbianischen Fluglinie Avianca angebotenes Darlehen nur kurz, dass es „bezüglich der Beschäftigungsaspekte Beschwerden von externen Organisationen“ gegeben hat. Der Bericht überlässt es jedoch dem Unternehmen selbst, diesen Beschwerden nachzugehen oder nicht, obwohl Gewerkschaften ernsthafte Bedenken angesichts von gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten bei Avianca in der Vergangenheit und sehr viel Gewalt gegen Gewerkschaftler in Kolumbien geäußert haben. Global Unions bedauert, dass solche Fälle die Bemühungen der IFC um eine Einhaltung der Kernarbeitsnormen im Rahmen ihrer Projekte untergraben. **Global Unions drängt die IFC, ihren Überprüfungsprozess für Kundenunternehmen zu verbessern und wiederholt sein Angebot, die IFC durch die Teilnahme an einem Konsultationsprozess zu einem frühen Zeitpunkt zu unterstützen. Konsultationen mit Gewerkschaften zu den Beschäftigungsaspekten bei bevorstehenden IFC-Investitionen sollten ein obligatorischer Teil des Prüfprozesses der IFC sein. Ferner ermutigt Global Unions die IFC, auf Beschwerden wegen Verstößen gegen arbeitsrechtliche Vorschriften bei ihren Projekten rasch zu reagieren, damit die Integrität der Auflagen nicht gefährdet wird.**

Eine koordinierte Reaktion auf die Finanzkrise fehlt

37. Es gibt einen wachsenden Konsens darüber, dass der Mangel an geeigneter Regulierung des Finanzsektors ein Hauptgrund für die Finanzkrise von 2007 war. Diese war der größte Schock im Finanzsystem seit den dreißiger Jahren und hat weltweit zu einer Schwächung der Wirtschaft geführt. Leider waren die politischen Antworten sowohl auf die Auswirkungen der Finanzkrise auf die reale Wirtschaft als auch zur Vermeidung ihrer Wiederholung alles andere als angemessen. Bei der Frühjahrstagung der IFI im April 2008 ersuchte Global Unions den IWF, bei einer umfassenden Reaktion auf die Finanzkrise federführend zu sein, was auch die Entwicklung neuer internationaler Rechtsvorschriften umfassen würde. Global Union war darüber erfreut, dass die Gruppe der Entwicklungsländer bei den IFI (G-24) einen ähnlichen Appell zu einer „aktiven politischen Koordinierung“ starteten und bekräftigten die Notwendigkeit der „Stärkung des ordnungspolitischen und Überwachungsrahmens“ auf dem Finanzsektor.

38. Allerdings beschränkte sich das Schlusskommuniqué der Sitzung des Ministerkomitees des IWF (IMFC) im April auf die Forderung nach „einheitlichem Vorgehen“ der Länder und entsprach so eher der Position der G7-Finanzminister als einer Unterstützung der Forderungen nach einer koordinierten internationalen politischen Antwort, wie sie von der Führungsspitze des IWF vor der Sitzung gekommen war. Das Kommuniqué unterstützte weder die Forderung der IWF-Führung nach öffentlichen über monetäre und fiskalische Impulse hinausgehenden Interventionen zur Abwendung eines Zusammenbruchs des Finanzsektors, noch wurden Fortschritte bei der Entwicklung einer neuen Kreditlinie zur Krisenvermeidung gemacht, nachdem die vorherige Fazilität im Jahre 2003 ausgelaufen war. Trotz der verheerenden Auswirkung, die die enormen Bewegungen von spekulativem Kapital in einigen Wirtschaftssystemen haben, wurde keine Maßnahme für die Unterstützung von Ländern bei der Einführung von Kontrollen angekündigt, um schädigenden Kapitalverkehr einzuschränken.

39. Das Fehlen einer koordinierten Antwort hat bedeutet, dass sich die globale wirtschaftliche Lage noch weiter verschlechtert: wichtige Finanzinstitute in den USA, wo die Krise Mitte 2007 begonnen hatte, haben sich noch nicht von dem drohenden Kollaps erholt; neueste Daten zeigen einige größere industriellen Wirtschaftssysteme am Rand der Rezession trotz der Anpassung der Prognosen des Wirtschaftswachstums nach oben durch den IWF im Juli 2008; und mehrere Entwicklungsländer finden sich rasch in ernsthaften wirtschaftlichen Schwierigkeiten wieder. Für zahlreiche Entwicklungsländer ist es eine große Herausforderung, sich hin und her zu bewegen zwischen einer gestiegenen Inflation wegen hoher Lebensmittel- und Energiepreise und der Möglichkeit, dass eine restriktive Geldpolitik zu Rezession führen kann. Die Aussicht auf eine Mäßigung der Verbraucherpreise kann zwar den Inflationsdruck teilweise wegnehmen, doch führt sie auch zu einem Sinken des Einkommens in mehreren Entwicklungsländern, deren Wachstum bislang vom Export von Rohstoffen abhängig gewesen ist.

40. Die internationale Gewerkschaftsbewegung ist der Ansicht, dass es weltweit viel Unterstützung in der Bevölkerung für die internationale Zusammenarbeit bei der Durchführung einer umfassenden Reform privater Finanzinstitute gibt, um zu mehr Transparenz, einer angemessenen Kapitalausstattung und zu mehr Systemstabilität zu kommen. Eine ordnungspolitische Reform sollte sowohl Geschäfts- als auch Investitionsbanken umfassen, sollte aber auch das „Schattenbankensystem“ wie zum Beispiel Hedge-Fonds, private Beteiligungskapitalfonds, privates Vermögen und staatliche Vermögensfonds (Sovereign Wealth Funds) umfassen. Ein neuer ordnungspolitischer und Überwachungsrahmen muss die Transparenz aller direkten und indirekten Verbindlichkeiten von Banken, Versicherungsgesellschaften und anderen Finanzinstituten gewährleisten und von übermäßiger Risikobereitschaft abraten. Die Gewährleistung, dass diese Finanzinstitute und ihre Aktivitäten mit den Kernarbeitsnormen übereinstimmen, sollte eines der Ziele des Prozesses sein. Der IWF ist die einzige globale Institution, die bei der Entwicklung neuer internationaler Rahmenregelwerke und geeigneter internationaler Rechtsvorschriften eine Führungsrolle übernehmen könnte.

41. Global Unions ersuchen den IWF, folgende Maßnahmen zu unterstützen:

- eine Ausweitung des **multilateralen Konsultationsprozesses des IWF, um nicht nur auf die Auswirkungen globaler wirtschaftlicher Ungleichgewichte** zwischen den USA und Asien, vor allem im Bereich der Wechselkurse, **einzugehen, sondern auch auf die ernsthaften Folgen, vor allem in Entwicklungsländern, drastisch erhöhter Energie- und Lebensmittelpreise;**
- die Schaffung **einer neuen Notkreditfazilität für Länder in finanziellen Schwierigkeiten**, ohne die politischen Vorbedingungen, die die früheren Vorsorglichen Kreditlinien (*Contingent Credit Lines*), die im Jahr 2003 ausgelaufen sind, untauglich gemacht haben;
- den Beginn eines Prozesses, einschließlich Konsultationen mit Gewerkschaften und anderen interessierten Gruppen zusätzlich zu privaten Finanzinstitutionen, zur Entwicklung **internationaler Rahmenregelwerke für eine umfassende ordnungspolitische Reform im Finanzwesen, einschließlich privater Geschäfts- sowie Investmentbanken, privater Beteiligungskapitalfonds, Hedge-Fonds und damit zusammenhängender finanzieller Tätigkeiten, die nicht transparent sind, ungerechtfertigte Steuersubventionen ausnutzen und zur Instabilität der Finanzmärkte beitragen;**

- Vorlage eines Entwurfs **für Leitlinien für die Investitionen und Tätigkeiten staatlicher Vermögensfonds (Sovereign Wealth Funds)** bei Konsultationen mit Gewerkschaften und anderen interessierten Gruppen; die Gespräche waren bislang nur beschränkt auf den Austausch zwischen den Vermögensfonds selbst und dem IWF.
- die Einführung eines **gerechten und transparenten Umschuldungsmechanismus für souveräne Staaten** mit Blick auf eine angemessene Schlichtung der Schulden von Entwicklungsländern;
- Einführung von **Maßnahmen zum Schutz der Volkswirtschaften vor destabilisierenden spekulativen Kapitalbewegungen**, einschließlich einer Tobin-Steuer und von den Regierungen der einzelnen Länder eingeführter Kapitalkontrollen.

Schlussfolgerung

42. Die internationale Gewerkschaftsbewegung ruft die IFI dazu auf, den Entwicklungsländern mehr Gewicht bei ihrer Entscheidungsfindung einzuräumen; insbesondere die Weltbank ersucht sie, mit den entscheidenden Schritten in Richtung einer sinnvollen Governance-Reform zu beginnen. Sowohl der IWF als auch die Weltbank müssen den Einsatz von wirtschaftspolitischen Auflagen verringern und damit aufhören, schädliche politische Empfehlungen auszusprechen, zu denen auch die diskreditierten arbeitsmarktpolitischen *Doing-Business*-Indikatoren der Weltbank zählen. Stattdessen sollten beide IFI die Beachtung international vereinbarter Normen, einschließlich der Kernarbeitsnormen der IAO als die einzigen nichttreuhänderischen Bedingungen in ihren Länderprogrammen vorschreiben.

43. Global Unions ermutigt die IFI, Länder zu unterstützen, die bei der Bewältigung der Lebensmittel- und Finanzkrise Hilfe benötigen. Der IWF sollte eine koordinierte Reaktion auf die Finanzkrise durchführen, zu der auch die Schaffung eines neuen internationalen Regelwerks gehört. Die Weltbank sollte ihren derzeitigen Standpunkt zur Unterstützung für die Erzeugung von Biokraftstoffen in Entwicklungsländern klarstellen, und sagen, wie sie garantieren möchte, dass dies die Lebensmittelkrise nicht noch weiter verschärft. Zu einem Zeitpunkt, wo die Weltbank ihre Bemühungen verstärkt, um auf die Klimawandel zu reagieren, ist es wichtig, dass sie den Vorrang von multilateralen Verhandlungen einschließlich des UNFCCC, die bereits zu diesen Fragen stattgefunden haben, respektiert, und keine Mechanismen schafft, die den international vereinbarten Instrumenten widersprechen oder von ihnen ablenken.

44. Global Unions fordert den IWF und die Weltbank nachdrücklich dazu auf, die Vorschläge dieser Erklärung ernsthaft zu berücksichtigen und sie durch die Koordinierung mit Gewerkschaften, Organisationen der Zivilgesellschaft und der Öffentlichkeit ihrer Mitgliedsländer umzusetzen.